

## Das Wahlprogramm überzeugt

Die Zeiten im politischen Hannover sind seit der Sommerpause turbulent verlaufen. Aber zurück zum Anfang: Worum geht es? Bei der letzten Landtagswahl im Januar 2013 ist es wirklich sehr knapp ausgegangen. Vier Parteien haben im Landtag um die Mehrheit gerungen. Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün. Am Ende haben die SPD und Bündnis 90/Die Grünen knapp gewonnen. Zugespitzt haben bereits die 334 Stimmen Vorsprung, mit denen Bernd Lynack 2013 im Wahlkreis Hildesheim gewonnen hat, den Ausschlag gegeben. 334 Stimmen in einem Land mit ca. 10 Millionen Einwohnern. Aber Rot-Grün hatte eine klare Mehrheit. Eine Mehrheit nach Wahlstimmen. Eine Mehrheit nach Sitzen im Landtag. Diese Mehrheit von einem Sitz ist verloren gegangen. Die bislang grüne Abgeordnete Elke Twesten hat ihre Partei und ihre Fraktion verlassen und damit die Mehrheitsverhältnisse gedreht.



**Unser Landtagsabgeordneter Bernd Lynack hat für Hildesheim viel erreicht. Er kandidiert am 15. Oktober erneut für den Landtag**

Das Vorgehen ist juristisch nicht anfechtbar, moralisch jedoch wenig nachvollziehbar.

Dies hat zur Folge, dass nicht nur viele Vorhaben bis zur regulären nächsten Wahl im Januar 2018 nicht mehr umgesetzt werden können, wie zum Beispiel das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz, sondern eine Regierungsfähigkeit unmöglich geworden. Vor diesem Hintergrund hat Politik wenig Sinn.

Der Landtag hat sich daraufhin selbst aufgelöst und Neuwahlen für den 15. Oktober angesetzt.

Das Vorgehen hat eine breite Debatte darüber ausgelöst, ob errungene Mandate personengebunden vergeben werden oder bei den Listen der Partei bleiben sollen, sodass der Wählerwille jederzeit im Parlament abgebildet wird.

Die Rot-Grüne Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode viel erreicht. Darauf kann sie mit Stolz blicken.

Mit 5,6 Prozent haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung in Niedersachsen. Die Studiengebühren wurden abgeschafft, damit wird es vielen jungen Menschen leichter gemacht, an die Hochschule zu gehen. Gleichzeitig wird Kindern wieder mehr Zeit zum Lernen gegeben: das „Turbo-Abi“ wurde zurückgenommen.

In den Kinderkrippen wurde die dritte Kraft eingeführt und 12.000 neue Betreuungsplätze geschaffen. 2007 gab es 505 Ganztagschulen in Niedersachsen, heute sind es 1742. Die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung stärkt nicht nur die demokratische Bildungsarbeit, sondern bietet Interessierten einen Anlaufpunkt für Veranstaltungen und Publikationen.

Zum ersten Mal in der Geschichte Niedersachsens steht eine schwarze Null im Landeshaushalt.

Um mehr junge Menschen für die Arbeit in der Pflege zu begeistern, wurde das Schulgeld für Auszubildenden in der Altenpflege abgeschafft. Die Bildung einer Pflegekammer kann die Bedürfnisse der in der Pflege Tätigen nun besser bündeln und vertreten.

Da sich Freiheit und Sicherheit gegenseitig bedingen, wurden mehr als 1000 Polizisten eingestellt und die Ausstattung verbessert.

Für Hildesheim konnte Bernd Lynack eine Reihe an Förderung erreichen: Knapp 100.000 Euro sind in verschiedene Projekte im Bereich der Soziokultur geflossen (u. a. für das Theaterhaus und die Kulturfabrik Löseke), 1,5 Millionen Euro gab es für die Neugestaltung von Stadtteilen, 350.000 Euro in die Sanierung der JVA, 4,4 Millionen flossen in die HAWK, 2,3 Millionen gab das Land für die Sanierung des Hauptbahnhofs und ebenso viel für die Erschließung des Gewerbegebietes Lerchenkamp Ost am Flughafen. Hinzu kommt seit 2015 die jährliche Förde-



**Ministerpräsident Stephan Weil genießt hohe Anerkennung bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes**

rung von 87.000 Euro für das Theater für Niedersachsen (TfN). In Verbindung mit anderen Zuschüssen kann das TfN jährlich mit 261.000 Euro mehr rechnen. Auch für das Roemer- und Pelizaeus-Museum konnte ein einmaliger Zuschuss von 100.000 Euro aus 2015 verlängert werden. Von 2016 bis 2018 fließt diese Summe nun jedes Jahr.

Nicht zuletzt zählt hierzu die unbürokratische finanzielle Landeshilfe für die Hochwassergeschädigten aus der Region.

Es wurde unter Rot-Grün bereits viel erreicht, dennoch stehen für die kommende Legislaturperiode noch einige politische Ziele an, die es umzusetzen gilt. Dazu gehören die Abschaffung der Kita-Gebühren, die kostenfreie Schülerbeförderung ab der 11. Klasse auch für Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie der 3. Hildesheimer Anschluss an die Bundesautobahn A7 und die neuen Bahnhaltdepunkte in Himmelsthür und Marienburg.

Die SPD hat sich viel vorgenommen. Dafür brauchen Bernd Lynack und die SPD am 15. Oktober Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen.

## Vor Ort für die Menschen in der Region wirken

**REDAKTION:** *Die VW-Affäre hat viel Staub aufgewirbelt. War es falsch, dass der Ministerpräsident 2015 den Entwurf seiner Regierungserklärung dem VW-Konzern zugeleitet hat?*

**Bernd Lynack:** Stephan Weil ist auf Grund der Beteiligung des Landes Niedersachsen an Volkswagen Mitglied des Aufsichtsrates. Ich finde das Verfahren, die Originalrede Weils und die Änderungen transparent darzulegen, fair. Zu erkennen sind dort zahlreiche Änderungen, die teils von den Juristen der Regierung vorgenommen wurden, teils auf Anregung von VW. Die inhaltlich schärfste Formulierung, mit der Stephan Weil Kritik an Volkswagen übte, blieb aber erhalten. Im Kern ist der Text unverändert. Um die juristischen Verfahren, die es gegen VW damals in den USA gab und die Zukunft des VW-Konzerns nicht zu gefährden, hat der Ministerpräsident sehr besonnen reagiert. Die Sorge um die Arbeitsplätze war der Grund für diese „Rückkopplung“. Das Verhalten zeigt auch, dass sich der Ministerpräsident in einer schwierigen Situation verantwortungsvoll verhalten hat.

**REDAKTION:** *Und wie geht es nun weiter mit VW?*

**Bernd Lynack:** Was der Volkswagen-Konzern nach der lange währenden Diesel-Affäre und was auch die vielen zehntausend Be-



**Der Kandidat für den Wahlkreis Hildesheim Bernd Lynack**

schäftigten in Niedersachsen jetzt brauchen, ist eine ebenso besonnene wie konsequente Führung, um die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Der Konzern und seine Beschäftigten dürfen nicht weiter zum Spielball der Auseinandersetzungen gemacht werden. Das gefährdet den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und damit letztlich auch den Wohlstand in unserem Bundesland.

**REDAKTION:** *Nun ist herausgekommen, dass auch andere MP eng mit VW zusammengearbeitet haben...*

**Bernd Lynack:** Die CDU war über den beschriebenen Vorgang vollumfänglich informiert und hatte seinerzeit nichts zu beanstanden. Vor diesem Hintergrund sind die vorgetragenen Rücktrittsforderungen gegenüber Stephan Weil heuchlerisch. In diesem Fall sollten die ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten erst einmal vor der eigenen Tür zu kehren. Die SPD-Landtagsfraktion hat durch eine kleine Anfrage an die Landesre-

gierung geklärt, ob und in welchem Umfang es auch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung Abstimmungsprozesse zu Plenarreden mit dem Volkswagen-Konzern gegeben hat. Dabei ist herausgekommen, dass Schwarz-Gelb Volkswagen sogar 14 Mal um Hilfe bei der Abfassung von Schriftstücken gebeten hat.

### **Die CDU war voll informiert**

**REDAKTION: Der Landtag hat seine Auflösung beschlossen. Eine große Anzahl von Gesetzentwürfen bleibt auf der Strecke. Um welche Gesetze ist es besonders schade?**

Bernd Lynack: Naturgemäß ist es um jedes Gesetz schade, das jetzt nicht mehr verabschiedet werden kann. Darin stecken viele Abstimmungen und teilweise jahrelange Arbeit. Enttäuscht bin ich, dass das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz nun doch nicht verabschiedet wird. Frau Twes-ten hatte ja beteuert, dass es trotz ihres Fraktionswechsels kommen würde. Ich habe eng daran mitgearbeitet. Hinzu kommen das Entflechtungsgesetz und das Kommunalinvestitionspaket II. Hier stecken mehrere hundert Millionen Euro Investitionszuschüsse für die Sanierung der kommunalen Verkehrs- und Bildungseinrichtungen drin, die uns zunächst auch hier in Hildesheim fehlen werden. Über die Zuschüsse aus dem ersten Kommunalinvestitionspaket werden beispielsweise die Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum in Himmelsthür finanziert.

**REDAKTION: Die CDU wirft der Landesregierung Chaos, Vetternwirtschaft und Versäumnisse in der Bildungs- und Sicherheitspolitik vor. Zumindest bei der Bildungspolitik ist ihr Spitzenkandidat, Lan-**



In Betriebe und Einrichtungen hineingehen und so erfahren, welche Probleme Menschen haben. Bei der Lebenshilfe Hildesheim, einer Selbsthilfeorganisation für Menschen mit Behinderung, hat Bernd Lynack ein Praktikum gemacht.

**desvorsitzender, allerdings selbst vorbelastet - er war einst selbst Bildungsminister unter Christian Wulff.**

Bernd Lynack: Da ist unglaublich viel Wahlkampfgetöse dabei – vieles erinnert an den Spruch „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“. Und das ist die große Doppelmoral von Herrn Althusmann. Beispielfhaft nenne ich das Turbo-Abitur, die Studiengebühren und die Lehrerinnen und Lehrer, die in der Amtszeit von Herrn Althusmann nicht ausgebildet worden sind und heute fehlen. Ich bin stolz auf die Dinge, die wir in der Legislaturperiode, nicht nur in den Politikfeldern Bildung und Sicherheit, sondern insgesamt erreicht haben.

**REDAKTION: Man konnte in der HAZ lesen, dass größere Kundgebungen im Wahlkampf überholt sind. Wie organisieren Sie Ihren Wahlkampf?**

Bernd Lynack: Wir haben festgestellt, dass Menschen nicht mehr so zahlreich zu den Kundgebungen strömen, wie es noch zu Zeiten Willy Brandts der Fall war. Das hat auch viel damit zu tun, dass es das Internet gibt und die Menschen im Alltag sehr verdichtet sind, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Das sehen wir auch in der politischen Arbeit in der Partei.

### **Dauerhaft im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern**

In meiner Arbeit habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu meinen Anliegen zu machen. Ich habe allzeit ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Hildesheimerinnen und Hildesheimer. Ich war in den vergangenen fast fünf Jahren viel unterwegs, habe neue Menschen, deren Talente, Hobbys, Vereine, aber auch deren Sorgen kennengelernt. Ich bin im ständigen Kontakt, biete Gespräche und Veranstaltungen auch zu „unbequemen“ Themen an. Dies wird auch weiterhin so sein. Wir verstärken unsere Präsenz durch Infostände und klingeln an Haustüren. Ich stehe nicht so sehr auf eine „Materialschlacht“, sondern überzeuge lieber durch gute Taten.

### **REDAKTION: Wenn Sie keinen Wahlkampf organisieren und auch die Arbeit im Landtag mal Pause hat, wie müssen wir uns den privaten Bernd Lynack vorstellen?**

Bernd Lynack: Zu meiner Familie gehören meine Frau, unsere dreizehnjährige Tochter, unser zehnjähriger Sohn und ein dreijähriger Hund. Freizeit ist für mich in erster Linie Familienzeit. Ganz egal, ob bei den Hausaufgaben meiner Kinder, der Arbeit im Gar-



### **Rhetorisch überzeugend. Bernd Lynack stellt sich der Diskussion, wo immer dies nötig ist.**

ten, dem Wochenendeinkauf oder der täglichen Runde mit unserem Golden Retriever. Ich bringe mich trotz meiner doch recht unregelmäßigen Arbeitszeiten so viel wie möglich in die Familie ein. Das ist mir sehr wichtig. Seit fast 15 Jahren sind wir hier in Himmelsthür zu Hause. Gemeinsam sind wir bei Wind und Wetter viel draußen an der frischen Luft unterwegs und erkunden bei Spaziergängen oder Radtouren die Natur in der näheren Umgebung.

Ich koche gerne. Egal, ob für meine Familie oder Freunde. Das ist ein prima Ausgleich zum Parlamentsalltag. Manchmal genieße ich es aber auch, einfach auch mal nichts zu tun. Nur zu faulenzten. Mit einem guten Buch in unserem Garten in der Sonne zu sitzen und einen Cappuccino zu trinken - herrlich!

## Das Direktmandat wieder erringen

**REDAKTION: Zurück zum Politischen - Diese Zeitung kommt am 11. Oktober, also drei Tage vor der Wahl, heraus. Wie schätzen Sie Ihre Wahlchancen ein?**

Bernd Lynack: Ich trete wieder als SPD-Kandidat für den Wahlkreis Hildesheim an, um erneut das Direktmandat über die Erst-

stimmen zu erringen. Ich bin selbstbewusst genug, sagen zu können, dass das auch realistisch ist. Ich habe bei vielen Hausbesuchen und im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern viele positive Rückmeldungen erhalten. Ich bin stolz, auf das, was ich für Hildesheim erreichen konnte, will an die Erfolge anknüpfen und weiter mit einer hohen Präsenz hier vor Ort für die Menschen in meiner Heimat arbeiten.

## Wofür sind Erst- und Zweitstimme?

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der **Erststimme** auf der linken Seite des Stimmzettels (schwarzer Druck) votiert man für einen Kandidaten aus seinem Wahlkreis. Wer dort die meisten Stimmen holt, zieht direkt in den Landtag ein.

Mit der **Zweitstimme** auf der rechten Seite des Stimmzettels (blauer Druck) entscheiden sich die Wähler für eine Partei - damit bestimmen sie, wie stark die politischen Gruppierungen im Landtag vertreten sind. Der Anteil an Zweitstimmen entschei-

det also darüber, wie viele Sitze die Parteien im Parlament insgesamt erhalten.

Gewinnt eine Partei über die Erststimmen mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, erhält sie sogenannte Überhangmandate. Die übrigen Parteien bekommen jedoch dann Sitze zum Ausgleich, damit die Zusammensetzung des Landtags dem Verhältnis der Zweitstimmen entspricht. Dadurch kann der Landtag über die 135 Sitze hinaus anwachsen.

**Erststimme: Bernd Lynack**

**Zweitstimme: SPD mit Stephan Weil**

# BRUNS IMMOBILIEN

- Professionelle Bewertung Ihrer Immobilie
- Kompetenter Verkauf Ihrer Immobilie
- Keine Kosten für Verkäufer

Dipl.-Ing. Thomas Bruns  
Tel. : 05121 – 96 21 40



## Das Abgeordnetenmandat ist ein hohes Gut

Die heutige Sondersitzung mit der ersten Beratung zur Selbstauflösung des Landtages ist zwar kein einmaliger, aber schon ein sehr besonderer Vorgang. Die Beratungen werden ohne Zweifel in die Geschichte des Landes Niedersachsen eingehen. Die 17. Wahlperiode wird damit ein vorzeitiges Ende nehmen.

Dass sich Mehrheiten verändern können, ist in einer Demokratie etwas völlig Normales, und das ist auch gut so. Allerdings sollten über diese Mehrheiten die Wählerinnen und Wähler in diesem Land entscheiden und nicht einzelne persönlich enttäuschte Abgeordnete.

Vor diesem Hintergrund will ich es Ihnen, Frau Twesten, nicht ersparen, einige Worte direkt an Sie zu richten: Die zahlreichen Fragen, die sich aus Ihrem Verhalten und den Andeutungen der letzten Tage ergeben, werden Sie, aber auch die CDU als aufnehmende Fraktion beantworten müssen. Das freie Mandat gilt selbstverständlich auch für Sie. Ihr Übertritt zur Fraktion der CDU ist juristisch nicht zu beanstanden.

Besonders mit Blick auf die politische Kultur in unserem Land gibt es aber einen bedeutsamen Unterschied: Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim! Oder um es mit den Worten Helmut Schmidts in seiner letzten Rede als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sagen: „Ihre Verhaltensweise ist legal, aber sie hat keine innere moralische Rechtfertigung!“

Wenn es einen Entfremdungsprozess von Ihrer ehemaligen Partei gegeben hat, dann hätten Sie in ihrer Reaktion darauf konsequent sein müssen, Frau Twesten. Dann hätten Sie im Juni die-



**„Sie hätten Ihr Mandat zurückgeben müssen.“  
Hanne Modder setzt sich mit dem Parteiwechsel der  
Abgeordneten Elke Twesten auseinander.**

ses Jahres gar nicht mehr versuchen dürfen, erneut für Ihre „alte Partei“ in Ihrem Wahlkreis zu kandidieren. Sie gehören diesem Parlament an, weil die Partei Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2013 so viele Zweitstimmen erhalten hat, dass Sie über die Landesliste in den Landtag einziehen konnten. Die Wählerinnen und Wähler dieses Landes haben Sie mit einem klaren Auftrag in dieses hohe Haus entsandt: Sie sitzen in diesem Parlament, um die Inhalte der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu vertreten!

Das sind übrigens Inhalte, für die Sie in den letzten Jahren durchaus leidenschaftlich gestritten haben: Ich erinnere an die Beratungen zum Gleichstellungsgesetz, in denen Sie sich sehr für dieses Gesetzesvorhaben engagiert haben – vor allem gegen den Widerstand der Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben am vergangenen Freitag sogar noch den Wunsch geäußert, dass dieses Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet wird.

Das ist ein Gesetz, von dem Ihr neuer sozialpolitischer Sprecher, Herr Matthiesen von der CDU, bereits angekündigt hat, dass es in dieser Legislaturperiode definitiv nicht mehr kommen wird. Ich fürchte, Frau Twesten, Sie haben tatsächlich Ihren inneren moralischen Kompass verloren.

Das freie Abgeordnetenmandat ist ein hohes Gut. Es schützt die Mitglieder des Landtages vor der Einflussnahme von außen, und es garantiert die freien Gewissensentscheidung. In diesem speziellen Fall muss man sich jedoch die Frage stellen, ob hier jemand wirklich ausschließlich seinem Gewissen gefolgt ist, oder ob nicht vielmehr andere Faktoren die entscheidende Rolle gespielt haben. Frau Twesten, wenn Sie mit der Politik dieser rot-grünen Landesregierung inhaltlich nicht länger einverstanden gewesen wären, dann wäre es nur konsequent gewesen, Ihr Mandat zurückzugeben.

Die Menschen in diesem Land sehen das übrigens genauso: Sogar 50 Prozent der Anhänger

der Union sind einer Umfrage zufolge der Ansicht, dass Sie ihr Mandat hätten niederlegen sollen. Diesen Schritt wollten Sie offenbar nicht gehen, und ich kann für Ihr Verhalten bei allem Bemühen keinen anderen Grund finden als Eigennutz. Sie haben mit Ihrer Entscheidung nicht nur das Ende der rot-grünen Mehrheit in diesem Haus herbeigeführt – Sie haben mit Ihrem Verhalten auch der Demokratie in diesem Land einen ernsthaften Schaden zugefügt! Sie haben sich über den Willen der Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen hinweggesetzt.

Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, müssen sich in diesem Zusammenhang unangenehme Fragen gefallen lassen. Sie müssen erklären, unter welchen genauen Umständen der Fraktionswechsel von Frau Twesten zu Stande gekommen ist: Wann haben Sie erstmals über einen Fraktionswechsel gesprochen und wer hat diese konkreten Gespräche mit Frau Twesten geführt? Und was die Menschen in Niedersachsen am allermeisten interessiert: Was für ein Preis wurde gezahlt?

Die Menschen in diesem Land haben ein feines Gespür für derartige Vorgänge, die nicht anders zu bezeichnen sind als schlicht „unanständig“.

Die SPD-Landtagsfraktion wird bis zum letzten Tag dieser Legislaturperiode konstruktiv zum Wohle der Menschen in unserem Land an allen Gesetzesvorhaben mitwirken. Wir machen Politik, um das Leben der Menschen in Niedersachsen zu verbessern! Von dieser Linie werden wir weder heute noch an einem anderen Tag auch nur einen Zentimeter abrücken!

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest, dass jetzt die Wählerinnen und Wähler das Wort haben müssen. Sie werden am 15. Oktober über die Zusammensetzung des nächsten Landtags abstimmen und von einem bin ich felsenfest überzeugt, meine Damen und Herren der CDU: Sie werden für diese Vorgänge ebenso wie für die unsauberen Auseinandersetzungen rund um VW ihren Denkkzettel bekommen.

*Zuhause im Seniorenzentrum  
Ernst-Kipker-Haus in Himmelsthür*



Bei uns werden Sie sich zu **Hause** fühlen.  
Wir bieten Ihnen Pflege und Betreuung in **familiärer** Atmosphäre mit einem vielfältigen **Betreuungsangebot**.  
Im Lebensraum für an **Demenz erkrankte** Menschen werden Sie sich **sicher** und **geborgen** fühlen.  
Sollten Sie zeitweise nicht zu Hause gepflegt werden können, seien Sie unser Gast in der **Kurzzeit- oder** **Verhinderungspflege**.

Für Ihre **Fragen** stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.



Soziale Dienste  
Bezirk Hannover gGmbH  
Wohnen & Pflegen

Ernst-Kipker-Haus | Telefon 05121/692-0  
Wilhelm-Raabe-Straße 6 | 31137 Hildesheim



## Das Land zusammenhalten

Von Dr. Stephan Klecha

Der Ministerpräsident in einem großen Flächenland wie Niedersachsen muss sich mit sehr verschiedenen Herausforderungen auseinandersetzen. Die einzelnen Regionen sind sehr unterschiedlich. Konfessionell ist Niedersachsen seit jeher vielschichtig geteilt. Der Gegensatz von großstädtischen Regionen und ländlichen Räumen ist keineswegs eingeebnet. Die Industrialisierung ist wellenförmig verlaufen, hat dadurch bis heute spürbare Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur des Landes hervorgebracht. Die landsmannschaftlichen Bindungen sind zudem immer noch ausgeprägt.

Es wäre somit vermessen, von einem Ministerpräsidenten zu erwarten, dass er die Gegensätze beseitigen kann. Doch ob es einst der „rote Wolfe“ Hinrich Wilhelm Kopf oder der „Harzer Roller“ Sigmar Gabriel war oder jetzt der frühere hannoversche Oberbürgermeister Stephan Weil ist - jeder Ministerpräsident des Landes hat wirtschafts- und regionalpolitische Akzente gesetzt, um die Gegensätze im Land zu vermindern. Das schließt ein, sich um das größte Unternehmen im Land zu kümmern, die Volkswagen AG. Seit Gerhard Schröder nehmen die Ministerpräsidenten die Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats persönlich wahr. Am Volkswagenkonzern hängen nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze im Land, sondern auch ein Teil der Hochschulfinanzierung, soweit sie sich aus den Dividendenerlösen von Volkswagen speist.

### Die Regionen des Landes entwickeln

Die Automobilindustrie im Land ist zwar ein Kraftzentrum im Land, doch gerade die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten haben sich zudem massiv engagiert, um diejenigen Regionen zu entwickeln, die wirtschaftlich



**Stephan Weil erhält auch parteiübergreifend hohe Zustimmungswerte.**

benachteiligt waren. Unter Stephan Weil war damit beispielsweise verbunden, die Ämter für regionale Landesentwicklung einzurichten oder die Europaförderung in der Staatskanzlei unter Obhut einer eigenen Staatssekretärin zu bündeln.

Auch der Südniedersachsenplan verfolgt den Ansatz, Förderpolitiken besser zu verzahnen. Die Gegend zwischen Weser und Harz ist in besonderer Weise mit demographischen Herausforderungen konfrontiert und besitzt gleichzeitig einige Potenziale in der Wissenschaft und im Tourismus. Die gegenwärtig steigenden Übernachtungszahlen im Harz sprechen übrigens dafür, dass der Ansatz erste Früchte trägt.

## Wirtschaftliche Benachteiligung ausgleichen

Für einen niedersächsischen Ministerpräsidenten ist zudem wohl unerlässlich, dass er bodenständig ist. Auch wenn mit Gerhard Schröder einst ein Regierungschef auszog, um die Republik zu regieren, so waren einschließlich Schröder alle Ministerpräsidenten stets dem Land verbunden. Dazu gehört eine bemerkenswerte Mischung aus pragmatischer Bewältigung der drängenden Probleme und eine Weitsicht, sich nicht der Illusion hinzugeben, dass man alle Probleme im Lande allein lösen könne.

Auch Stephan Weil ist diesbezüglich ein gutes Beispiel, wie ein Ministerpräsident im Lande agiert. Als die Flüchtlingsströme 2015/16 das Land erreichten, organisierte Weils Landesregierung ein Bündnis „Niedersachsen packt an“. Das ehrenamtliche Engagement im Land sollte unterstützt werden und die Chancen, die sich aus der Migration ergeben, galt es zu nutzen. Zugleich kritisierte Weil die Kanzlerin für ihren Kurs, keineswegs kraftmeiernd wie Bayerns Ministerpräsident,

sondern in der Sache und im Hinblick auf die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen.

## Stephan Weil genießt hohe Zustimmung – auch parteiübergreifend

Landespolitik in Niedersachsen wird in den einzelnen Regionen des Landes sehr unterschiedlich wahrgenommen, hinsichtlich der Themen und auch der Beurteilung der Ergebnisse. Ein Ministerpräsident muss versuchen, daraus eine politische „Erzählung“ zu entwickeln, die im Land überall ähnlich verstanden wird. Bislang ist das den Ministerpräsidenten oft gut gelungen, ihre Popularität in den Umfragen war und ist entsprechend hoch. Auch Stephan Weil genießt hohe Zustimmung, bei den eigenen Anhängern sowieso, aber laut Umfragen auch bei den Anhängern der Oppositionsparteien. Offensichtlich gelingt es dem jetzigen Ministerpräsidenten recht gut das Land zusammenzuhalten.

*Dr. Stephan Klecha ist Privatdozent am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Göttingen*



Meine Gesundheitsquelle im Herzen von Himmelsthür

Paracelsus Apotheke

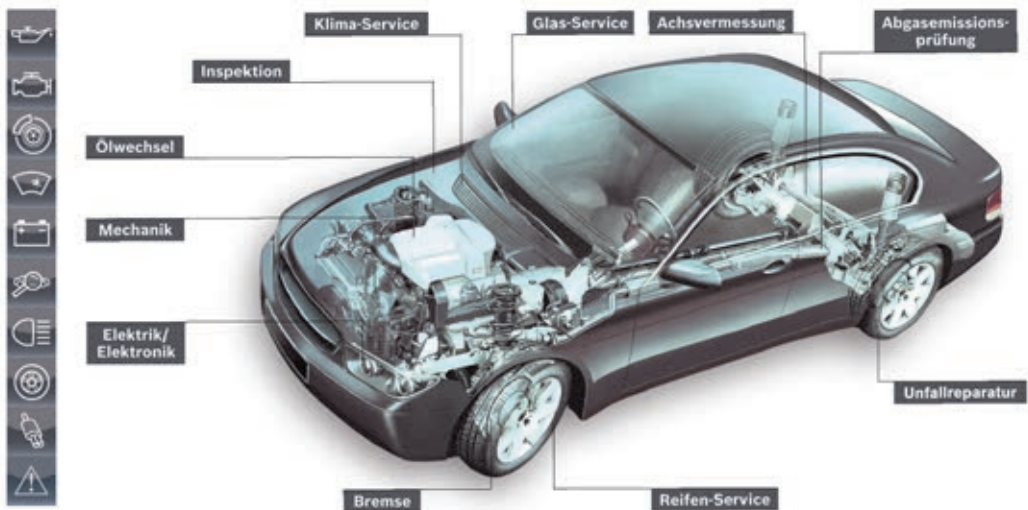
Paracelsus-Apotheke - An der Pauluskirche 2 - Tel. 924130 - Mo.-Fr. 8.00-18.30 - Sa. 8.00-13.00 Uhr

# BOYA

Auto-Zentrum Hildesheim



*Für Ihr Auto tun wir alles.*



**Top Preis ■ Top Qualität ■ Mobilitätsgarantie ■ Erhalt der Herstellergarantie**  
**Inspektion ■ Reparatur ■ Lackierung ■ Originalteile ■ Checks und Wartung**



Besuchen Sie uns auch auf facebook.

**Niederlassung Hildesheim**  
Mastbergstraße 12  
31137 Hildesheim  
Tel.: 05121 - 91 88 999

E-Mail: [info@boya.de](mailto:info@boya.de)  
[www.boya.de](http://www.boya.de)

**Öffnungszeiten**  
Mo – Fr: 8 – 18 Uhr  
Sa: 9 – 12 Uhr

[www.autozentrum-hildesheim.de](http://www.autozentrum-hildesheim.de)



## Lynack: „Ein Umzug ist immer auch eine Chance“

Am 29. August 2017 hat der Rat nach fast zweistündiger Beratung über die Schulentwicklung in Hildesheim entschieden. Die Geschwister-Scholl-Schule wird zum Schuljahr 2018/2019 umziehen in das dann frei stehende Gebäude der Anne-Frank-Schule an der Ludolfinger Straße. Bis zu ihrem Auslaufen wird die Förderschule in der bisher von der Hauptschule genutzten Räumen an der Jahnstraße weiter geführt.

In einem weiteren Beschluss legte der Rat fest, dass die Turnhalle der Realschule Himmelsthür inkl. Lehrschwimmbecken abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wird. Der Umzug in die Nordstadt wird der Geschwister-Scholl-Schule „versüßt“ durch umfangreiche Umbauten. In den Umbaukosten von 2,7 Millionen EUR sind auf Wunsch der Ratsfraktionen u.a. eine Cafeteria, eine Umgestaltung des Schulhofes, ein Kiosk sowie eine umfangreiche IT-Ausstattung vorgesehen. Bernd Lynack, Fraktionsvorsitzender der SPD, in seinem Schlusswort: „Ein Umzug bedeutet auch immer eine große Chance“.

Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Umstrukturierung im Hildesheim war, dass Real- und Hauptschule Himmelsthür räumlich beengt untergebracht sind und Außenstellen unterhalten müssen, die das Führen einer Schule erschweren. Vor diesem Hintergrund hatte das Fachdezernat mehrere Varianten



**Die Geschwister-Scholl-Schule zieht ab Schuljahr 2018/19 in die Räume der bisherigen Anne-Frank-Schule.**

**Die derzeitigen Schüler der Anne-Frank-Schule ziehen in die freigewordenen Räume in der Realschule**

durchgerechnet und sie dem Rat vorgeschlagen. Die Verwaltung empfahl die Verlagerung der Geschwister-Scholl-Schule an die Ludolfinger Straße; im Gegenzug sollte die künftig auslaufende Anne-Frank-Förderschule an den Standort Jahnstraße umziehen.

Nach intensiver Diskussion folgte die SPD-Fraktion grundsätzlich der von der Verwaltung favorisierten Lösung für eine Verlagerung der Geschwister-Scholl-Schule. Allerdings ging ihr der Verwaltungsvorschlag nicht weit genug. Sie forderte schon während der Beratungen zu Gunsten der Geschwister-Soll-Schule eine umfangreiche Anpassung der Gebäudestruktur. Die Klassenräume sollen vergrößert und weitere Fachräume eingerichtet werden. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung sollen ein EDV-Raum sowie ein „Versorgungspunkt“ - ein Kiosk oder eine Cafeteria - eingerichtet werden. Die Schulhofflächen sollen aufgewertet und attraktiver gestaltet werden.

Diese Forderungen der SPD-Fraktion sind Bestandteil des Beschlusses, den der Rat mit großer Mehrheit fasste. Lediglich zwei Ratsmitglieder stimmten mit Nein. Die SPD-Fraktion bewertete das Ergebnis so: „Die Schulen erhalten dadurch Planungssicherheit und können sich neu aufstellen. Den Hauptschülern wird eine Beschulung in angenehmer, zielgerichteter Atmosphäre geboten. Die Lehrkräfte erhalten gute Voraussetzungen für ihren Unterricht.“

Die SPD-Ratsfraktion hat darüber hinaus erfolgreich darauf hingewirkt, dass es auch für die Sporthallenproblematik in Himmelsthür eine Lösung geben wird. Zwar hatte der Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits im Jahr 2014 den Neubau einer Sporthalle beschlossen, doch geschehen war seitdem nichts. Die Fraktion forderte deshalb, im Zuge dieses Tagesordnungspunktes auch eine Entscheidung über die Sporthallensanierung in Himmelsthür zu treffen. Das Ergebnis ist für den Ortsteil erfreulich: Der Rat beschloss, die marode Turnhalle der Realschule abreißen und durch einen Neubau ersetzen zu lassen. Offen blieb dabei lediglich noch, ob der Ausbau zu einer Zweifeld-Halle notwendig wird oder ob es auch eine Einfeld-Halle tut. Fest steht: Sollte die Verwaltung bis Jahresende nicht den Nachweis für eine kleinere Halle erbringen, wird eine Zweifeld-Halle errichtet.

Vor einer Entscheidungsfindung zur Schulentwicklung in Himmelsthür hatte sich die SPD-Fraktion eingehend mit dem komplexen Thema befasst. Gleich nachdem die Verwaltungspläne bekannt geworden waren, hatte es Gespräche auf allen Ebenen gegeben. Alle betroffenen Schulen wurden besichtigt, Gespräche mit den Schulleitungen geführt und Elternvertreter in die Fraktion eingeladen. Aufschlussreich waren vor allem die Schulbesichtigungen. An erster Stelle standen bei der Entscheidungsfindung die Schülerinnen und Schüler. „Wir müssen eine Entscheidung treffen, die das Wohl der gesamten Schulgemeinschaft im Blick hat“, so Bernd Lynack zu Beginn der Beratungen. Gleichzeitig gelte es, die Vielfalt in der Hildesheimer Schullandschaft zu erhalten und dazu gehöre eine dauerhaft gut aufgestellte und ausgestattete starke Hauptschule.

**Impressum**

Herausgeber: SPD-Ortsverein Himmelsthür,  
 E-Mail: info@spd-himmelsthuer.de  
 Internet: http://www.spd-himmelsthuer.de  
 V.i.S.d.P.: Ludwig Bommersbach  
 Hinter dem Bernwardshof 7  
 31137 Hildesheim  
 E-Mail: g.bommersbach@t-online.de

Redaktion: Norbert Siegel, Joachim Tiemer  
 Auflage: 3.200 Exemplare  
 Druck: Druckhaus Köhler GmbH,  
 Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum  
 E-Mail: info@druckhaus-koehler.de

**Genießen Sie das Leben - mit feinen Essigen, Ölen, Weinen und Spirituosen direkt vomFASS!**

**5€ Gutschein**  
 Sichern Sie sich 5 Euro Rabatt beim nächsten Einkauf! \*

**vomFASS**

vomFASS Hildesheim - Arneken-Galerie  
 31134 Hildesheim - Telefon 05121 - 131387  
 www.vomfass-hildesheim.de

\* Gutschein gültig bis 30.11.2017 für eine Person und einen Einkauf ab einem Gesamtwert von 25 Euro. Keine Abgabe von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren.

# Ein Plädoyer für Stephan Weil

Von Jürgen Einhoff

Was erwarten wir von dem Ministerpräsidenten eines Landes? Er muss vertrauenswürdig und glaubwürdig sein. Er muss den Grundwerten des gesellschaftlichen Lebens verpflichtet sein: Lauterkeit, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Rechtschaffenheit, Gradlinigkeit und Anstand. Er muss eine Vision haben, wie er das Land regieren will und welche Schwerpunkte seiner Politik zugrunde liegen. Und die Menschen müssen ihm Respekt entgegenbringen, ihn sympathisch finden.

Wenn wir diese Messlatte an das Leben, den Charakter und das Verhalten der beiden Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in Niedersachsen anlegen, gilt dies: Bernd Althusmann wurde 1966 in Oldenburg geboren. Nach dem Abitur in Lüneburg (1986), schlug er zu-



**Ein Ministerpräsident muss eine Vision haben. Stephan Weil hat eine klare Vorstellung zur Entwicklung des Landes Niedersachsen.**

nächst die Offizierslaufbahn ein, studierte danach Pädagogik und Betriebswirtschaft und hat einen Abschluss als Diplompädagoge und Diplom-Betriebswirt. Von 1994 bis 2009 war er Abgeordneter im Landtag, dann ab 2009 Staatssekretär im Kultusministerium und von 2010 bis 2013 Kultusminister.

## **Handwerkliche Fehler in der Dissertation**

Peinlich für Althusmann: In seine Amtszeit als Kultusminister fiel die Überprüfung seiner 2007 geschriebenen Doktorarbeit, die erheblichen Plagiatsvorwürfen ausgesetzt war. Zwar wurde die Aberkennung des Dokortitels abgewendet, da Althusmann

ein Vorsatz nicht nachgewiesen werden konnte und er „handwerkliche Fehler“ zugab, aber die Bewertung mit „rite“ (ausreichend) sagt alles

# Drucksachen

natürlich  
von

# Köhler

**in Harsum!**



**Tel. 05127 902040**  
**Siemensstraße 1-3**  
**31177 Harsum**  
**druckhaus-koehler.de**

über die inhaltliche und formale Qualität der Arbeit. Bei den Landtagswahlen 2013 scheiterte Althusmann in seinem Wahlkreis Lüneburg. Ohne Landtagsmandat musste er nach einer neuen Aufgabe Umschau halten und zog sich für 2 ½ Jahre als Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Namibia zurück.

### **Neubeginn und der dubiose Parteiwechsel der Elke Twesten**

Vor einem Jahr wurde Althusmann von seinen Parteifreunden zurückgerufen, zum Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen gewählt und zum CDU-Ministerpräsidentenkandidaten aufgebaut. Aber anstatt geläutert und mit fairen Mitteln in den Landtagswahlkampf einzusteigen, ließ er sich auf eine Schmutzkampagne ein und forderte nach dem dubiosen Übertritt der Grünen-Abgeordneten Elke Twesten zur CDU Stephan Weil auf, sein Aufsichtsratsmandat bei VW niederzulegen und als Ministerpräsident zurückzutreten.

Sein Vorwurf, Weil habe seine Regierungserklärung vor zwei Jahren von VW-Mitarbeitern überarbeiten lassen, erwies sich jedoch als Rohrkrepierer, da die Überprüfung von Reden des Regierungschefs auf rechtliche und faktische Korrektheit durch VW-Mitarbeiter auch unter Weils Vorgänger MacAllister üblich war. Auch für Ungeschicklichkeiten und Fehler bei der Vergabe von Regierungsaufträgen hat es Parallelen in der MacAllister-Regierung gegeben.

Offensichtlich haben sich Althusmann und seine Parteifreunde die Vorwürfe gegen Weil für die Vorwahlkampfphase aufgehoben, um ihn auf diese Weise zu diskreditieren. Den Wählern soll der Eindruck von Chaos und Versagen vermittelt werden. Dabei hatte die FAZ noch vor der Sommerpause Stephan Weil „einen völlig makellosen Ruf“ attestiert.

### **FAZ attestiert Stephan Weil „einen völlig makellosen Ruf“**

Althusmann scheint aus seiner Vergangenheit nichts gelernt zu haben, wenn er versucht, mit unfairen Mitteln Ministerpräsident zu werden. Das macht ihn nicht sympathisch; so wird er nicht - wie Axel Hacke sagen würde - zu einem

„anständigen Kerl“ (Axel Hacke: „Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen“).

Stephan Weil, Ministerpräsident seit 2013, zählt zu den Personen, die korrekt bis ins Detail sind. Fehlverhalten ist ihm persönlich nicht anzulasten. Allenfalls könnte man sein allzu großes Vertrauen in seine Mitarbeiter kritisch sehen – dies ist andererseits ein durchaus sympathischer Zug, der einem Demokraten gut zu Gesicht steht. Die Vorwürfe der CDU betreffen ihn auch nicht persönlich, sondern sie sind von seinen Mitarbeitern zu verantworten. Das Land ist am VW-Konzern beteiligt, dem industriellen Herzstück Landes, dessen Gedeihen daher auch im Interesse der Landesregierung liegt.

Geboren wurde Stephan Weil 1958 in Hannover. Er hat in Hannover 1977 Abitur gemacht. Nach dem Zivildienst studierte er in Göttingen Jura. Nach dem 2. Staatsexamen (1986) war er zunächst Anwalt und hat ab 1989 mehrere Posten in Justiz und Politik bekleidet. Er war Staatsanwalt, Richter, Ministerialrat, Stadtkämmerer von Hannover, danach Oberbürgermeister und Ministerpräsident.

Stephan Weil ist als Ministerpräsident erfolgreich und bei den Niedersachsen beliebt. Anfang 2017 waren 63 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der von Weil geführten Landesregierung zufrieden, bei einer Direktwahl hätten sich 51 Prozent für Weil ausgesprochen, 26 Prozent für Althusmann. (Januar 2017). Nach dem Beginn des Wahlkampfes, Anfang September 2017, würden laut Infratest Dimap bei einer Direktwahl 47 Prozent Weil wählen und nur 24 Prozent Althusmann.

Stephan Weil erfüllt die Bedingungen, die an einen Politiker gestellt werden. Er ist den Grundwerten des gesellschaftlichen Lebens verpflichtet. Mit Axel Hacke kann man ihn als einen „anständigen Kerl“ bezeichnen. Die Wählerinnen und Wähler werden am 15. Oktober entscheiden, ob Bernd Althusmann auf der „Woge der Anstandslosigkeit“ (Hacke) und im Windschatten von Angela Merkel Ministerpräsident von Niedersachsen wird oder ob Stephan Weil seine erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen kann.

# Der Umbau des Feuerwehrgerätehauses verzögert sich

Seit über fünf Jahren ist bekannt, dass die Freiwillige Feuerwehr in Himmelsthür unter Raumproblemen leidet. Dazu gehören neben fehlenden Unterstellmöglichkeiten für ein seit langem fälliges neues Löschfahrzeug auch die unzureichenden sanitären Einrichtungen und Umkleidemöglichkeiten. Beides stellt sich für die Einsatzkräfte in ihrem freiwilligen Dienst zunehmend als Belastung dar. Die finanziellen Mittel stehen seit mehreren Jahren im städtischen Haushalt bereit, die erforderliche Baugenehmigung liegt vor, doch die Arbeiten am Anbau haben noch nicht begonnen. Eine Fertigstellung war für August 2017 zugesagt.

Für den SPD-Fraktionsvorsitzendem im Stadtrat Bernd Lynack, selbst auch Ortsratsmitglied in Himmelsthür, ist der Zustand äußerst unbefriedigend. „Wir verlangen von den Feuerwehren Verlässlichkeit und volle Einsatzbereitschaft. Dann müssen sich die Feuerwehren aber auch auf die Verwaltung verlassen können“, so Lynack. Damit für alle Beteiligten schnellstmöglich Klarheit herrscht, hatte Lynack eine förmliche Anfrage an die Verwaltung gestellt. Die Fragen bezogen sich auf den Anbau am Feuerwehrgerätehaus, die Fahrzeugausstattung der Feuerwehr und die Sicherstellung der Schutzziele.

**Lynack: „Ich hoffe, dass jetzt die Arbeiten für den so dringend benötigten Anbau endlich losgehen.“**

Mitgeteilt wurde, dass die aktuell durchgeführte Baukostenberechnung die ursprüngliche Kostenschätzung angesichts des hinzugekommenen Sanitärtraktes erheblich



**Feuerwehrhaus im Sierstorfskamp**

überschreitet. Die jetzt ermittelten Baukosten sind im Haushalt nicht gedeckt. Deshalb wurde die Ausschreibung der Baumaßnahme bisher nicht veröffentlicht. Die damit verbundene Verzögerung der Baumaßnahme über das Jahr 2017 hinaus wurde in der Verwaltung erst im Juli 2017 erkannt. Ein Informationstermin mit der Feuerwehr Himmelsthür und dem Stadtbrandmeister wurde umgehend anberaumt. Ursachen für die gestiegenen Baukosten sind die Erweiterung des Raumprogramms um Sanitär- und Umkleideräume, umfangreiche Kanalarbeiten, höhere Anforderungen an das Tragwerk und den Rohbau und höhere Baunebenkosten. Die Realisierung des Bauvorhabens steht bei den anstehenden Baumaßnahmen im Bereich der Feuerwehren weiterhin an oberster Stelle.

Wegen der ungeklärten weiteren Verfahrensweise hat der Ortsrat in seiner Sitzung am 06. September eine Sondersitzung für den 18. Oktober vereinbart.

In dieser Sitzung soll auch über die Fahrzeugausstattung und die Erreichung der Schutzziele gesprochen werden.